

Mittelmeerländer

HEINZ-JÜRGEN AXT

Über die Umwälzungen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion sollten die Herausforderungen im Süden Europas, im Mittelmeerraum, nicht vergessen werden. Wirtschaftliche Unterentwicklung und Bevölkerungsexplosion drängen dort immer mehr Menschen zum Verlassen ihrer Heimat, die Umweltverschmutzung nimmt dramatische Formen an, religiöser Fundamentalismus verbindet sich mit nationalistischen Strömungen, politische Spannungen nehmen zu, und die Chancen zur friedlichen Beilegung von Konflikten vermindern sich. Die Europäische Gemeinschaft ist gefordert. Die Türkei, Zypern und Malta wollen Mitglieder der Gemeinschaft werden.

Türkei: eine neue Regionalmacht?

Die Türkei gehört zu jenen Ländern, die die aktuellen internationalen Veränderungen in besonderer Weise zu spüren bekommen: Das Ende der Sowjetunion hat auch die strategische Stellung der Türkei verändert. Sie fungiert nicht länger als Sperrriegel gegen ein eventuelles Vordringen der Sowjetunion in das Mittelmeer und das ölfreiche Gebiet des Persischen Golfs. Die Sicherheitsprobleme der Türkei sind deshalb nicht geringer geworden. Vielfältige Konflikte tun sich an den Grenzen auf. Im Osten der iranische Fundamentalismus¹ und im Süden der unverändert unkalkulierbare Irak sowie der nicht gelöste Konflikt zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Staaten. Zu den bisherigen Konflikten tritt ein neuer: der Kampf ums Wasser². Im Norden orientieren sich die türkisch-islamischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion an der Türkei. Ihr marktwirtschaftliches, demokratisches und laizistisches System gilt weithin als ein Modell, das freilich vom islamischen Saudi-Arabien, Pakistan und dem Iran heftig angefeindet wird. Um im Wettlauf mit diesen Staaten bestehen zu können, hat die Türkei als erste die Unabhängigkeit von Aserbaidshan am 9. November 1991 anerkannt. Die Aseris sind Schiiten und stehen dem Iran nahe. Es geht für Ankara auch darum, einer Ausweitung der iranischen Einflußsphäre sowie des Fundamentalismus in Anatolien entgegenzuwirken³. Je mehr sich die Beziehungen zu den Staaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) entwickeln, desto mehr gerät die Türkei auch in die Gefahr, in die zwischenstaatlichen und ethnischen Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Der armenisch-aserbaidshanische Konflikt um Nagornyj Karabach verdeutlicht das. Schon wird vermutet, die Türkei liefere Waffen an Aserbaidshan und behindere die humanitäre Hilfe an Armenien⁴. Präsident Özals Betonung der Rolle der Türkei als

"Regionalmacht" kann nicht überdecken, daß sich neben Chancen zur Mehrung des eigenen Einflusses vielfältige Risiken auftun⁵. Das Außenministerium in Ankara hat wiederholt jegliche panislamische und pantürkische Bestrebung auf seiten der Türkei zurückgewiesen⁶. Das größte Handikap der Türkei im Verhältnis zu den islamischen Republiken Zentralasiens ist ihre unzureichende Wirtschaftskraft. Aus eigener Kraft kann die Türkei ihre Modellrolle also nur unzureichend wahrnehmen⁷. Hier ist westlicher Beistand gefordert. Durch ihr aktives Eintreten auf seiten der Alliierten im letzten Golfkrieg konnte die Türkei ihren Stellenwert für die Interessen des Westens unterstreichen. Dabei war es die politische und nicht die militärische Führung, die in der Türkei die Unterstützung der Alliierten durchsetzte⁸. Özals Bemerkungen, daß die Türkei nach dem Golfkrieg eine "Führungsmacht" sei, hat auf westlicher Seite aber auch zu Verunsicherung geführt, bangte man doch, die Türkei könne territoriale Ambitionen gegenüber dem Nordirak entwickeln⁹.

Auf dem Balkan wächst der Einfluß der Türkei. Die Beziehungen zu Bulgarien haben sich verbessert, die Lage der dortigen türkischen Minderheit stellt aktuell kein Problem mehr da. Die Existenz islamischer Minderheiten kann der Türkei zu einer wichtigeren Rolle auf dem Balkan verhelfen. Davon würden die Beziehungen zu Griechenland keineswegs unberührt bleiben. Es müßte im Gegenteil damit gerechnet werden, daß sich ein neues Konfliktfeld auftut, ohne daß man bei den traditionellen Auseinandersetzungen einer Verständigung näher gekommen ist. Der Ägäiskonflikt belastet die Anrainer dieser Region unverändert. Das Treffen der Ministerpräsidenten Mitsotakis und Demirel in Davos im Februar 1992 und die Aussicht auf den Abschluß eines Freundschaftsvertrages haben daran nichts geändert¹⁰. Sah es im Sommer 1991 zunächst danach aus, als könne das amerikanische Vermittlungsbemühen Fortschritte bei der Verständigung auf Zypern bewirken, so ist dieser Impuls zunächst vorerst wieder erschlappt. Der Besuch des amerikanischen Präsidenten Bush in Ankara, der erste seit 32 Jahren, konnte mithin lediglich der Türkei nachdrücklich den Dank der USA für die Loyalität im Golfkrieg bestätigen¹¹. Die Auseinandersetzungen um die muslimisch-türkische Minderheit im griechischen Thrakien haben sich nicht entspannt. Daß Griechenland weiterhin die Überweisung der Finanzmittel im Rahmen des 4. Finanzprotokolls der EG an die Türkei blockiert, belastet mittlerweile nicht nur das Verhältnis der Türkei zu Griechenland, sondern zur gesamten Gemeinschaft.

Schon im Dezember 1990 sind auf türkische Initiative hin Bemühungen um die Gründung einer "Schwarzmeer-Kooperationszone" ergriffen worden¹². Die Anrainerstaaten des Schwarzen Meeres einschließlich der GUS-Republiken sollen in ein System vielfältiger funktionaler Kooperation eingebunden werden. Auf dem Außenministertreffen in Istanbul im Februar 1992 wurden auch Griechenland und "Jugoslawien" zur Teilnahme eingeladen¹³. Die Kooperation soll weitreichend gestaltet werden: erfaßt werden unter anderem Handel, Investitionen, gemeinsame Projekte, Energie, Tourismus, Landwirtschaft, Wissenschaft, Forschung. Vorausgesetzt, daß der Systemwandel in den ehemals sozialistischen Ländern ohne allzu große Brüche vonstatten geht, könnte eine durchaus bedeutsame Zone wirtschaft-

licher Kooperation entstehen. Die Einbeziehung Rußlands stellt dabei ein gewisses Gegengewicht zu einer türkischen Dominanz dar. Die Möglichkeiten der Türkei, diese Kooperation wirtschaftlich und finanziell zu fördern, sind jedoch begrenzt. Auch hier könnte letztlich nur westeuropäische Unterstützung die regionale Zusammenarbeit entscheidend voranbringen.

Das Streben der Türkei, der EG beizutreten, ist unverändert. Aus dieser Perspektive sind auch die Ergebnisse von Maastricht bewertet worden. Am 30. September trat zum ersten Mal seit sechs Jahren wieder der Assoziationsrat EG-Türkei zusammen¹⁴. Die Gemeinschaft betonte auch diesmal, daß das Zypern-Problem und die Frage der Menschenrechte die Assoziation "beeinträchtigt"; anders als 1986 verließ der türkische Außenminister aber nicht das Treffen. Die Wirtschaftsprobleme der Türkei wurden als Hindernis bei der Verwirklichung der Zollunion bezeichnet, die die EG der Türkei zwecks Aktivierung der Assoziation anstatt einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen vorgeschlagen hatte¹⁵. Daß Griechenland in Maastricht zum Beitritt in die Westeuropäische Union eingeladen wurde, die Türkei aber nicht, ist dort auf scharfe Kritik gestoßen. Nach dem Prinzip der "unteilbaren Sicherheit" wird ein Status der Türkei als assoziiertes Mitglied als unzureichend angesehen, weil die Entscheidungen ausschließlich von den Mitgliedern getroffen werden. Sicherheits-Pflichten ohne Mitbestimmungsrechte will man in Ankara nicht übernehmen¹⁶.

Nur gegen großen Widerstand hatte Staatspräsident Özal im April 1991 durchsetzen können, daß der Gebrauch der kurdischen Sprache im Alltag nicht länger strafbar ist. Die Ergebnisse der türkischen Parlamentswahlen vom 20. Oktober 1991 schienen das Verhältnis zur EG weiter positiv zu beeinflussen, hat doch die neugewählte Regierung Demirel angekündigt, sich vermehrt um die Menschenrechte und die Kurdenfrage zu kümmern¹⁷. Nach den Übergriffen türkischen Militärs auf vermutete Stellungen der kurdischen PKK im Nordirak und nach den gewalttätigen Auseinandersetzungen in Südostanatolien seit Anfang 1992 sind allzu optimistische Hoffnungen vorerst gedämpft worden.

Zypern und Malta: Beitrittskandidaten im Wartestand

Im Sommer 1990 hatte Zypern der EG seinen Beitrittsantrag übermittelt. Eine Stellungnahme der Kommission steht bisher aus. Dafür sind weniger ökonomische Gründe entscheidend – die Integration in die EG dürfte sich im Falle Zyperns relativ problemlos vollziehen –, als vielmehr der noch immer geteilte Status der Insel. Vor diesem Hintergrund hat die aus den Wahlen vom Mai 1991 gestärkt hervorgegangene¹⁸ Regierung Giorgios Vasilou Ende 1991 eine diplomatische Initiative gestartet, um die Regierungen der EG-Länder davon zu überzeugen, daß eine zypriotische Mitgliedschaft in der EG auch ohne Lösung des Konflikts vollzogen werden sollte, daß dieser in der EG sogar leichter zu lösen sei¹⁹. Die luxemburgische EG-Präsidentschaft hatte sich in der ersten Hälfte des Jahres 1991 darum bemüht, das Zypernproblem aus dem seit 1974 bestehenden Immobilismus herauszuführen. Sie wurde dabei vom Europäischen Parlament unterstützt,

das im März in einer einstimmig angenommenen Resolution die Völkergemeinschaft aufforderte, bei der Zypernfrage dieselbe Entschlossenheit wie im Fall der irakischen Besetzung Kuwaits an den Tag zu legen. Die EG überließ allerdings alsbald der US-Regierung die Initiative. Durchaus optimistisch stimmende Vermittlungsversuche der amerikanischen Regierung seit dem Sommer 1991, die durch den Besuch von Präsident Bush in Athen und Ankara vorbereitet wurden, verloren rasch an Dynamik, als sich der griechische und der türkische Ministerpräsident am 11. September 1991 in Paris nicht auf die Einberufung einer internationalen Zypern-Konferenz einigen konnten. Die Umstände dieses Treffens waren insofern wenig glücklich, als die Wahlen in der Türkei bevorstanden²⁰. Im Vorfeld des Pariser Treffens haben sich zwei zentrale Fragen herauskristallisiert: Erstens, welchen Umfang soll künftig das türkisch-zypriotische Territorium haben? Bei einer Verringerung des jetzt usurpierten Anteils von 37% der Insel könnten griechisch-zypriotische Flüchtlinge zurückkehren, was die Kompromißbereitschaft der griechischen Zyprioten positiv beeinflussen würde. Zweitens steht für die türkischen Zyprioten die "politische Gleichberechtigung" im Vordergrund. Etwas anderes als eine bizonale und bikommunale Föderation hat als möglicher Kompromiß keine Chance. Die Bemühungen der Türkei, die islamischen Republiken der GUS und die Mitglieder der Islamischen Konferenz zu einer Anerkennung Nordzyprens zu veranlassen, bestehen unvermindert²¹.

Wie Zypern hat auch Malta seine Bemühungen verstärkt, seinen 1990 der EG überreichten Beitrittsantrag auf diplomatischem Weg zu befördern²². Die Labour Party hat zwar mittlerweile ihre ablehnende Haltung gegenüber der EG aufgegeben, ist aber – so wie einige Unternehmer auch – immer noch skeptisch, ob Malta dem verstärkten Wettbewerbsdruck standhalten könnte²³. Die EG-Mitgliedschaft könne die bislang geschützte Industrie verdrängen und die Arbeitslosigkeit ansteigen lassen. Von maltesischer Seite ist kein Wille erkennbar, die (Ende 1990 ausgelaufene) erste Stufe des 1970 geschlossenen Assoziationsabkommens in die zweite Phase mit der Herstellung der Zollunion zu überführen. Die Verpflichtungen wären der einer vollen EG-Mitgliedschaft ähnlich, weshalb Malta den Beitritt mit seinen Vorteilen favorisiert. Die erste Stufe wurde erst einmal bis Ende 1991 verlängert.

Albanien: das Armenhaus Europas

Der Übergang Albaniens zur Demokratie macht Fortschritte, gestaltet sich jedoch schwierig. Im Juni 1991 wurde nach den ersten freien Wahlen vom März/April eine breite Koalitionsregierung gebildet, womit die in Sozialisten umbenannten Kommunisten ihre Vormachtstellung aufgaben²⁴. Bei den Wahlen im März 1992 erreichten die Demokraten eine knappe Zwei-Drittel-Mehrheit und konnten eine Alleinregierung bilden. Ein Gesetz zur Auflösung der Geheimpolizei "Sigurimi" war im Juli 1991 verabschiedet worden²⁵. Die Besuche des italienischen, deutschen und amerikanischen Außenministers in Albanien im Sommer 1991 können als Bestätigung der Demokratisierungsbemühungen gesehen werden. Am 17. Septem-

ber 1991 hat Präsident Ramiz Alia in der französischen Hauptstadt die KSZE-Charta von Paris unterzeichnet²⁶. In die aktuellen Balkan-Konflikte ist Albanien bislang noch wenig einbezogen. Die Kosovo-Albaner verspüren wenig Neigung zum Anschluß an Albanien mit all seinen Armutproblemen. Differenzen gibt es mit Griechenland wegen der Lage und der Rechte der hellenischen Minderheit. Viele Albaner haben das Land in Richtung Italien und Griechenland verlassen. Die Wirtschaftsprobleme stellen sich in Albanien besonders drückend. Industriebetriebe mußten geschlossen werden, landwirtschaftliche Flächen werden nicht mehr bestellt, Arbeitslosenunterstützung kann wegen Geldmangels nicht mehr ausgezahlt werden, und selbst die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung ist nicht mehr gesichert. Die EG hat die Hilfe der 24 Industrieländer koordiniert und Albanien 1991 über 250.000 Tonnen Nahrungsmittel zukommen lassen. Im Winter 1991/92 waren es sogar 50.000 Tonnen Weizen monatlich, die von italienischen Soldaten verteilt wurden.

Anmerkungen

- 1 Als sich der iranische Präsident im Mai 1991 zum Staatsbesuch in der Türkei aufhielt, konnte er sich fundamentalistischer Propaganda nicht enthalten und weigerte sich, den üblichen Besuch am Grabmal Atatürks abzustatten. Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 25. 5. 1991, S. 4.
- 2 Der Irak und Syrien befürchten, daß ihnen der Atatürk-Stausee im Rahmen des "Großen Südostanatolien-Projekts" der Türkei den Wasserhahn zudrehen könnte. Vgl. Die Zeit v. 7. 7. 1991, S. 31.
- 3 Teheran will bekanntlich in den zentralasiatischen Staaten die arabische Schrift einführen und hat sich bereit erklärt, sämtliche Druckereien umzurüsten. Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 27. 11. 1991, S. 2.
- 4 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 20. 3. 1992, S. 1; v. 11. 3. 1992, S. 3.
- 5 Daß Özal geäußert hat, man müsse "den Armeniern Angst machen", hat nicht zur Vertrauensbildung beigetragen. Vgl. FAZ v. 10. 3. 1992, S. 2.
- 6 Das gilt auch für die von Özal gelegentlich geäußerte Auffassung, die Einflußzone der Türkei im Kaukasus und dem Balkan stelle einen Ersatz für den bislang der Türkei verweigerten EG-Beitritt dar. Vgl. Frankfurter Rundschau v. 23. 12. 1991, S. 13.
- 7 Das fängt schon bei der von Ankara zugesagten Unterstützung bei der Einführung eines türkischen Alphabets mit lateinischer Schrift an, kann doch die Türkei nur schwer ihre eigenen Bildungsprobleme lösen.
- 8 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 14. 2. 1991, S. 4.
- 9 Vgl. FAZ v. 25. 6. 1991, S. 3.
- 10 Der Text des Abschlußkommuniqués findet sich in Briefing v. 10. 2. 1992, S. 12.
- 11 Vgl. The Times v. 22. 7. 1991, S. 9.
- 12 Vgl. The Black Sea economic cooperation project, in: Review of Economic Conditions (Ankara), (1991) 3, S. 21–22; Tansug Bleda: Black Sea Economic Cooperation Region, in: Turkish Review (Ankara), 5 (1991) 23, S. 17–22.
- 13 Das "Istanbul Statement" spricht tatsächlich von "Jugoslawien". Bis zum Mai 1992 müssen Erklärungen der beiden eingeladenen Länder vorliegen, ob sie Gründungsmitglieder der Kooperation werden wollen.
- 14 Vgl. Agence Europe v. 30. 9./1. 10. 1991, S. 7f.; v. 4. 10. 1991, S. 7f.
- 15 Vgl. zur Reaktion der EG auf den türkischen Beitrittsantrag Axt, Heinz-Jürgen: Mittelmeerländer, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1990/91, S. 383 f.
- 16 Vgl. Briefing v. 9. 12. 1991, S. 8–10; 16. 12.

- 1991, S. 9f.; Süddeutsche Zeitung v. 13. 12. 1991, S. 11.
- 17 Das Regierungsprogramm der Koalition aus der "Partei des rechten Weges" und der "Sozialdemokratischen Populistischen Partei" ist in Auszügen abgedruckt in Briefing v. 2. 12. 1991, S. 5–12.
- 18 Die beiden Vasiliou unterstützenden Parteien Demokratische Sammlung (DISY) und Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (AKEL) konnten ihre Stimmenanteile erhöhen und stellen 38 von 56 Parlamentsabgeordneten. Vgl. Zypern-Nachrichten (1991) 6, S. 1.
- 19 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 19. 12. 1991, S. 12; General-Anzeiger v. 29. 1. 1992, S. 4.
- 20 Vgl. ausführlicher Axt, Heinz-Jürgen: Explosiver Balkan und unruhiges Mittelmeer. Konflikte im Umfeld Griechenlands als Herausforderung der EG, in: Südosteuropa 40 (1991) 11–12, S. 579–599.
- 21 Das Außenministertreffen der Islamischen Konferenz im August 1991, an dem zum erstenmal auch Vertreter der islamischen GUS-Republiken teilnahmen, hat sich für eine gleichberechtigte Teilnahme Nordzyperns an der Zypernkonferenz ausgesprochen. Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 4. 8. 1991, S. 2; v. 23. 8. 1991, S. 4.
- 22 Ministerpräsident Fenech Adami äußerte sich nach seinem Besuch bei Kommissionspräsident Delors optimistisch, daß Malta 1993 der EG beitreten könne. Vgl. Agence Europe v. 24. 7. 1991, S. 8.
- 23 Vgl. Financial Times v. 28. 1. 1991, S. 4.
- 24 Vgl. Bischof, Henrik: Die ersten freien Wahlen in Albanien. (Kurzpapier der Abteilung Außenpolitikforschung: Arbeitsbereich Sowjetunion und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 1991; Zanga, Louis: The Multiparty Elections. (Radio Liberty/Radio Free Europe Report on Eastern Europe), 2 (26. 4. 1991) 17.
- 25 Vgl. Zanga, Louis: Sigurimi dissolved and replaced. (Radio Liberty/Radio Free Europe Report on Eastern Europe), 2 (30. 8. 1991) 35.
- 26 Vgl. FAZ v. 24. 3. 92, S. 16.

Weiterführende Literatur

- Ahmad, Feroz: Politics and Islam in modern Turkey, in: Middle Eastern Studies 27 (1991) 1, S. 3–21.
- Grotzky, Johannes: Der schwierige Weg zur Demokratie. Beobachtungen in Albanien, in: Osteuropa 41 (1991) 5, S. 431–437.
- Gürbey, Gülistan: Die Türkei und der Nahe Osten. Die politische Interessenkonstellation der Türkei im Golfkrieg, in: Südosteuropa Mitteilungen 31 (1991) 3, S. 209–224.
- Karaosmanoglu, Ali L.: Die Türkei, die europäische Sicherheit und der Wandel der internationalen Beziehungen, in: Europa-Archiv 46 (1991) 5, S. 143–152.
- von Leipzig, Wolf-Heinrich: Die gemeinsame Außenpolitik der Zwölf und die Türkei: Gemeinsamkeiten und Divergenzen, in: Integration 14 (1991) 2, S. 76–81.
- Tzermias, Pavlos: Die Zypernfrage zwischen Hoffnung und Skepsis. Bemühungen um Überwindung des Immobilismus, in: Schweizer Monatshefte 71 (1991) 6, S. 446–451.
- Vaner, Semih: Die Türkei. Die "Dividenden" der Loyalität, in: Europäische Rundschau 19 (1991) 3, S. 117–125.